Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,50 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 259. Bielefeld, Mittwoch, 4. November 1896. 7. Jahrgang.

Die Krisis in Spanien.

Der spanische Staat treibt unaufhaltsam dem Bankerott entgegen. Sein Kredit ist völlig erschöpft, und die großen Finanzmänner zu Paris mit ihren feinen Spürnasen wittern längst den Modergeruch der Verwesung, von der das herrschende System in Spanien ergriffen ist. Der Versuch, zur Betreibung des Krieges auf Cuba eine große Anleihe aufzunehmen, ist nach längeren Verhandlungen nun endgültig gescheitert, trotzdem der spanische Finanzminister die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht hat. Dieser Mann ist durch die Verwegenheit der Verzweiflung zu einem eminenten Zukunftsstaatspolitiker geworden; er wollte die Erträgnisse des spanischen Tabaksmonopols bis zum Ende des kommenden Jahrhunderts verpfänden, um Geld zu bekommen. Allein die Rotschild und Genossen, die die Anleihe finanzieren sollten, mochten doch von starken Zweifeln erfüllt sein, ob der spanische Staat in seiner gegenwärtigen Gestalt am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts noch bestehen und ein Tabaksmonopol besitzen werde, das zur Ausbeutung der Tabaksindustrie in fiskalischem Sinne bestimmt ist. Sie lehnten das unreelle Geschäft also ab und die spanische Regierung muß sich nunmehr ohne Anleihe behelfen.

Der leitende spanische Staatsmann, Herr Canovas del Castillo, behält natürlich die Pose des „Stolzen Spaniers" bei, aber innerlich mag ihm gar nicht wohl zu Mute sein. Er will die Milliarde, die ihm das Ausland abgeschlagen hat, im Innern aufbringen, und rechnet dabei auf „den Patriotismus" der „spanischen Kapitalisten". Du lieber Gott, die spanischen Kapitalisten sind aus demselben Stoff, wie alle anderen. Sie sind gern bereit, ihre „patriotischen" Gefühle bei Wein und Braten in schönklingenden Toasten auszuströmen. Wenn sie aber diese Gefühle in bares Geld verwandeln sollen, dann sehen sie sich die Sache erst zehnmal an, und wenn dabei kein rentables Geschäft in sicherer Aussicht steht, dann ist nichts von ihnen zu bekommen. Ueberhaupt hätte doch Herr Canovas gar nicht nötig gehabt, sich an die Rothschilds zu wenden, wenn die spanischen Kapitalisten wirklich opferwillig wären. Er sagte zwar, er hoffe, daß ein Land, das so opferwillig sein Blut hergebe zur Aufrechterhaltung der Ehre seiner Fahne, auch mit seinem Gelde nicht zurückhalten werde. Das Blut muß das spanische Volk hergeben, dessen Söhne, unter dem Protest der Mütter und Gattinnen, in Masse auf die Schlachtbank geschleppt werden und gegen eine Insurrektion kämpfen sollen, die sie als berechtigt anerkennen. Die Bourgeois hinter ihren Geldschränken werden über die Naivetät des Herrn Canovas in sich hineinlachen.

Zunächst giebt man neue Papiere aus, als deren Pfand die spanischen Zolleinnahmen bezeichnet sind. Der „Patriotismus" der spanischen Kapitalisten wird sich wohl in der Weise bewähren, daß man den Bonds einen Zwangskurs geben muß, wie es auf Kuba bereits geschehen ist.

Die spanischen Finanzen sind vollständig zu Grunde gerichtet. Schon vor zwanzig Jahren betrug die Staatsschuld über zwölf Milliarden, viel zu viel für ein von den herrschenden Klassen so unbarmherzig ausgeplündertes und der Entwickelung zurückgebliebenes Land. Durch eine Konversion gelang es, die Staatsschuld bedeutend zu vermindern, allein schon 1889 war sie wieder auf beinahe sieben Milliarden angeschwollen und die Jahreszinsen betrugen eine viertel Milliarde. Die Zerrüttung fraß immer weiter, und im spanischen Etat erschienen Fehlbeträge bis gegen 140 Millionen. Es wurde Staatseigentum im Werte von 200 Millionen verpfändet oder veräußert, man borgte riesige Summen von der Tabaksmonopol-Gesellschaft, man blieb die vertragsmäßigen Eisenbahnsubventionen schuldig und gab der Bank von Spanien das Privilegium der unbeschränkten Notenausgabe, mit der Bedingung, daß ein Drittel des Notenumlaufs durch Barbestände gedeckt werde. Alles dies half nichts; die Verwirrung wurde immer größer. Schon vor sieben Jahren erklärten die spanischen Handelskammern, 750 Millionen Papiergeld sei das Maximum dessen, was der spanische Geldmarkt ertragen könne. Und nun will Herr Canovas, der eine Milliarde braucht, diese Summe aufbringen, indem er neues Papiergeld zu dem alten ausgiebt!

Die Leiter des Aufstandes auf Kuba haben mit großem Scharfsinn den richtigen Moment herausgefunden, um die spanische Oberherrschaft, die durch Jahrhunderte nur die rücksichtsloseste Aussaugung der schönen Insel war, endlich abzuschütteln. Die Verhandlungen über die Anleihe konnten, wenn sie zu einem Resultat gelangten, der ganzen Angelegenheit noch einmal eine andere Wendung geben. Nachdem die Hochfinanz kund gegeben hat, daß sie zu den spanischen Finanzen kein Vertrauen mehr besitzt, ist der Ausgang des Kampfes entschieden; das Ende wird die Losreißung von Kuba und der spanische Staatsbankerott sein.

Die spanische Regierung wird zwar immer wieder „Siege" auf Kuba und auf den Philippinnen mit den gewohnten Posaunenstößen ankündigen lassen. Allein sie hat kein Geld, um ihre Heere zu unterhalten, und diese werden von dem Mangel und den klimatischen Krankheiten dezimiert sehr rasch zusammenschmelzen. Mit einem großen Schlage kann der Kampf nicht beendigt werden, weil die Aufständischen klugerweise sich auf eine entscheidende Feldschlacht nicht einlassen, sondern einen Guerillakrieg führen, in dem sie, von tausend Umständen begünstigt, den Spaniern trotz deren numerischer Uebermacht weit überlegen sind. Die Niederlage der Spanier ist unvermeidlich, zumal ihr Obergeneral Weyler ganz unglaublich dumm operiert und durch seine stupide Grausamkeit die Kubaner zur äußersten Wut entflammt hat. Er hat eine Linie quer durch die Insel gezogen, um die Vereinigung der Hauptkorps der Insurgenten zu hindern. Allein durch die Besetzung dieser ausgedehnten Linie hat er über ein Drittel seiner Armee lahm gelegt.

So bricht allgemach die Vergeltung herein für die geschichtlichen Sünden der herrschenden Klassen Spaniens. Diese Vergeltung kommt oft spät, aber sie kommt. Die Schuld, die Adel und Pfaffheit in Spanien auf sich geladen haben, kann nicht leicht größer sein; sie haben das Land, eines der schönsten und reichsten von Natur, in einer Weise ausgesaugt, daß dessen so ergiebige natürliche Hilfsquellen gar nicht mehr zur Geltung gelangen konnten. Man warf sich auf die Ausbeutung der Kolonien, während daheim Handel und Industrie mit der Entwickelung anderer Länder nicht Schritt halten konnten. Gab es doch Jahre, in denen in dem einzigen Hafen von Hamburg ebensoviel Schiffe aus- und einliefen, als in den sämtlichen Häfen Spaniens! Die spanische Bourgeoisie gleich armselig wie überall, vermochte die schlechte Verwaltung nicht zu beseitigen und war zufrieden, wenn man sie ungestört ihre industrielle Ausbeutung betreiben ließ.

Das ganze alte System bricht nunmehr rettungslos zusammen. Die altersschwache Monarchie Spaniens, die durch ein unmündiges Kind und durch ein schwaches Weib repräsentiert ist, wird voraussichtlich mit in den Strudel hineingezogen werden. Eine große innere Krisis ist unausbleiblich, denn der Verlust Kubas ist gleichbedeutend mit dem Staatsbankerott! Und selbst wenn Spanien Kuba behielte, würde der Staatsbankerott unvermeidlich sein, denn die Insel ist so verwüstet, daß die bisherigen spanischen Einkünfte auf Jahre hinaus verloren gehen würden.

Möge das gedrückte spanische Volk in dieser Krisis dazu gelangen, sich mehr Brot und Freiheit zu erringen!

Politische Uebersicht.

Bielefeld, 4. November.

— **Vom Vereins-Notgesetz.** Das nationalliberale „Leipziger Tageblatt" hatte dieser Tage erwähnt, daß das Vereins-Notgesetz zur Aufhebung des § 8 des preußischen Vereinsgesetzes dem Landtage in der nächsten Zeit noch nicht zugehen werde, angeblich, wegen noch schwebender Erwägungen und wegen längerer Abwesenheit maßgebender Persönlichkeiten von Berlin. Dem gegenüber muß daran erinnert werden, daß noch am 27. Juni Minister v. Bötticher im Reichstage erklärt hat, „es liege vom Standpunkte der Herren, die eine schleunige Beseitigung des Verbots, wie es in § 8 des preußischen Vereinsgesetz 3 enthalten ist, wünschen, durchaus kein Grund zur Besorgnis vor. Die Regierungen aller Bundesstaaten, für welche solche Verbote bestehen, haben sich sämtlich anheischig gemacht, das Verbot außer Wirksamkeit zu setzen. Also, sie werden die erforderlichen Schritte dazu thun, daß ein Zustand herbeigeführt wird, wonach künftig die Vereine untereinander in Verbindung treten können." Unmittelbar vorher war, in derselben Sitzung, die betreffende Absicht der Regierung auch vom Reichskanzler beglaubigt worden. Diese Erklärung wurde

---

Der Creole.

34

Der Oberst stellte sich zwischen beide seitwärts und sagte: „Ich bitte, daß keiner rede, bis ich frage, und jeder gewissenhaft antworte". Dann wandte er sich gegen Herrn Linthi und sagte: „Kennen Sie diesen jungen Burschen? Seit wann? und wer ist er?"

„Ich kenne ihn seit mehr denn zwei Monaten. Er nennt sich Francesco oder Cecco, und war Page im Gefolge einer Signora Rosa di Centi von Messina, welche beim Scheitern des Schiffes Austria an der Marina Siderno ums Leben kam".

Der Oberst, der eine Weile schwieg, und nach dem Schreiber sah, wandte sich dann zum Creolen. „Und Sie, mein Kleiner", fragte er freundlich, „wie ist Ihr vollständiger Name? Was haben Sie über das eben Gehörte zu bemerken?"

Mit einer fast ungewissen Stimme, die seit dem Nachtmahl bei den Zigeunern ihre Heiserkeit noch nicht verloren hatte, erwiderte der Knabe: „Mein vollständiger Name ist Francesco Cappa. Ich habe dem nichts beizufügen, was Signor Linthi schon über meine Person zu äußern beliebt hat".

„Wer eigentlich war die Signora Centi, in deren Dienste Sie standen?" fragte der Oberst weiter.

„Ich war nie im Dienste dieses Weibes", antwortete Cecco mit einer Art stolzer Empfindlichkeit, „und kenne keine Person, die über mich zu gebieten hat, als Donna Marchesana di Bioganni, welche in Messina wohnt".

„Keine ausweichende Antwort, junges Herrchen!" versetzte der alte Kriegsmann mit strenger Miene, die jedoch durch einen gewissen wohlwollenden Blick des Auges etwas gemildert ward: „Ich fordere Bestimmtheit und Wahrheit Ihrer Aussagen. Man spielt hier nicht um Datteln oder Mandelkerne, lieber Kleiner, sondern um ein Menschenleben. Also: Wer eigentlich war jene sogenannte Signora Centi?"

Der Creole ließ einen lauschenden Blick über seinen Freund fliegen und erwiderte dann: „Sie war mir unbekannt, bis ich sie zu Triest sah. Dort erst erfuhr ich, sie sei eine Freundin, oder Vertraute, oder Besseres, oder Schlimmeres eines gewissen Grafen Alvaro Ribera, des Bruders der Marchesa Bioganni".

Der kriegerische Inquisitor machte hier mit Kopf und Hand eine leichte Bewegung, welche seine Zufriedenheit mit der ersten gefundenen Spur ausdrückte, die zu anderweitigen Entdeckungen führen mußte. Er klopfte dem Pagen freundlich auf die Schulter, und winkte einem der Schreiber, hinauszugehen. Nach wenigen Minuten hörte man die schweren Tritte von mehreren Männern. Die Tür ward geöffnet. Voran trat wieder der Schreiber; ein Bauer in Ketten folgte ihm, begleitet von zwei Grenadieren.

Aller Augen richteten sich auf den Gefangenen, der mit gesenktem Kopf, und mit der Hand die Kette haltend, wie von Todesfurcht betäubt, ohne Bewegung und ohne aufzuschauen, dastand. Er schien ein Mann in den Fünfzigern zu sein. Aber die dünnen Haare seines Glatzkopfes hingen schon eisgrau von den Schläfen und im Nacken nieder. Das schmale, hagere Gesicht, mit mehreren senkrechten Falten der Stirn, und tief gefurcht um Mund und Kinn, bot die leserlichste Handschrift zur Schau, die je von einer Leidenschaft auf ein menschliches Antlitz gezeichnet war. — Cecco hatte sich furchtsam in einen Winkel des Zimmers gedrückt, und beobachtete den Gefangenen mit unverwandten Blicken voller Erstaunens und Widerwillens.

Der Oberst wandte sich jetzt zum Pagen, und fragte: „Kennen Sie diesen Mann? Wer ist er?"

Cecco hatte alle Fassung verloren. Seine Augen irrten in dem kleinen Gemach umher, als suche er Rat und Rettung. Fortunatus sah, bekümmert die Verlegenheit seines Lieblings, und winkte ihm mitleidig, Mut zu sammeln.

„Nur gesprochen!" rief der Kriegsmann: „Hier hilft kein Leugnen oder Verstummen, denn ich bemerke, er ist Ihnen bekannt".

„Ich weiß nicht", stammelte Cecco, „ob ich meinen Sinnen hier trauen darf".

„Und warum nicht?" gegenredete der Oberst: „Wer, vermuten Sie, könnte der Gefangene sein?"

Der Creole schien plötzlich seine gewohnte Entschlossenheit wieder zu gewinnen. „Wenn der Mann da nicht diese armselige Kleidung trüge", sagte er, „so würde ich glauben, es sei der Graf Alvaro di Ribera selber".

Der Inquisitor nickte unmerklich mit dem Kopfe und richtete sich gegen den Gefangenen mit den Worten: „Aufgeschaut! Wer ist dieser junge Mensch?"

Der Befragte drehte den Kopf langsam gegen die Ecke des kleinen Gemachs, in welcher der Creole stand, sah ihn mit Aufmerksamkeit an, senkte den Blick nieder zur Erde und antwortete: „Er ist mir nicht bekannt. Aber ich bin der Graf Ribera".

„Wenn Sie der Graf Ribera sind, warum sollten Sie ihn nicht kennen, da er der Page Ihrer Schwester ist?" entgegnete der Verhörrichter.

Der Befragte hob noch einmal den bangen und düstern Blick zum Creolen auf, und, bei verneinender Bewegung, sprach er: „Mit den Dienstleuten der Donna Bioganni, meiner Schwester, hielt ich nie Gemeinschaft".

Cecco, der aus dem bisherigen Zustand ängstlicher Spannung in seine ganze Natürlichkeit zurückgekehrt war, setzte hinzu: „Es ist wahr, nicht einmal selbst mit seiner erlauchten Frau Schwester. Ich sah den Herrn Grafen nie im Palast der Marchesa".

Der Oberst hob gegen den Creolen drohend die Finger und sagte: „Sparen Sie Ihre etwas gebrochene Stimme, mein Söhnchen, bis ich frage". Dann zum Gefangenen: „Wie konnten Sie vorgeben, nach Gerace gereist zu sein, um dort Nachforschungen zu halten, wenn Sie nicht einmal die Personen kennen, bei denen Sie forschen wollten?"

„Mir war der dortige Aufenthalt von Schiffbrüchigen bekannt", gab der Graf zur Antwort: „von diesen hoffi' ich über das Schicksal meiner Nichte und einer anderen Donna Nachrichten einzuziehen".

„Wenn Sie der Graf Ribera sind, wie heißt diese Nichte? wie die andere Donna, und wer ist sie?"

„Meine Nichte ist die Gräfin Beatrice von Piviafranca; sie ward von der Witwe eines meiner Freunde, der Signora Centi, nach Messina begleitet".

„Nun, mein kleiner Mann", sagte der Oberst zu Cecco, „nun haben Sie Erlaubnis, Anmerkungen zu machen. In der Hauptsache weiß ich jetzt Bescheid. Es steht Ihnen frei, sich mit dem Gefangenen zu besprechen, wie Sie es gut finden".

„Nur eine einzige Anmerkung sei mir gestattet!" versetzte der Page der Marchesa Bioganni: „Die Gräfin Beatrice ward nicht nach Messina begleitet, sondern entging von Triest nach Wien. Signora Centi reiste mit ihren Helfern allein, und alle kamen beim Schiffbruch um". (Fortsetzung folgt.)

abgegeben, um den Reichstag zu verhindern, sofort in dem Bürgerlichen Gesetzbuch eine Bestimmung aufzunehmen, um die Verbote der Verbindung der Vereine untereinander außer Kraft zu setzen. Die „Nat.-Ztg." hat erfahren, daß in Preußen die Vorbereitungen für einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine alsbald begonnen worden sind. Der Gesetzentwurf befinde sich aber noch im Stadium der Erwägungen.

Daß es bei diesen Erwägungen darauf ankommt, anderweite Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes durchzusetzen, unterliegt keinem Zweifel. Bei der Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine untereinander empfiehlt die „Post", auch andere Bestimmungen des Gesetzes von 1850 auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen, insbesondere diejenige, welche Schülern, Lehrlingen und Frauen die Teilnahme an Versammlungen politischer Vereine verbietet, dagegen die Teilnahme an anderen politischen Versammlungen gestattet. Danach würde es sich um ein allgemeines Verbot der Teilnahme von jugendlichen Personen, welche noch nicht das aktive Wahlrecht haben, an politischen Versammlungen jeder Art handeln und vielleicht um eine Zulassung von Frauen. Man müßte also vor allem eine Bestimmung in das Gesetz aufnehmen, wonach jeder, der einer politischen Versammlung beiwohnen will, einen Geburtsschein vorzulegen hätte. Schöne Aussichten!

Deutsches Reich.

Berlin, 3. November. Dem Bundesrat ist nunmehr auch der Militäretat zugegangen, sodaß jetzt der gesamte Etat vorliegt. Die Beratungen sollen der „Kreuzzeitung" zufolge so gefördert werden, daß dem Reichstag am 10. d. M. bei erfolgten Zusammentritt der Etat vorliegt.

— Gegen den Religionszwang für die Dissidentenkinder hat neuerdings der Berliner Magistrat in bemerkenswerter Weise Stellung genommen. Er hat in einem Spezialfall die durch die städtische Schuldeputation gegen einen Dissidenten wegen Fernhaltung seines Kindes vom Religionsunterricht verhängte Strafe niedergeschlagen und in den Gründen seiner Entscheidung ausdrücklich erklärt, daß das Strafresolut ungesetzlich war. Da nach dem allgemeinen preußischen Landrecht Kinder im Glaubensbekenntnis des Vaters zu unterrichten seien, so dürfe ein Kind nur dann in einem von dem des Vaters abweichenden Glaubensbekenntnisse unterrichtet werden, wenn der Vater damit einverstanden ist, der Vater könne aber nicht gegen seinen Willen dazu angehalten werden, sein Kind dem Unterrichte in einer Religion, die nicht die seine ist, beiwohnen zu lassen. Deshalb entbehre die behördliche Bestimmung, die das Kind dem evangelischen Religionsunterricht überweise, jeder gesetzlichen Grundlage.

— Die Bäckereiverordnung ist auch vom Landgericht in Berlin anläßlich der „Klage König" als zu Recht bestehend anerkannt worden. Die Verwerfung der Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts wurde damit motiviert, daß der Bundesrat zur Erlassung der Bestimmungen materielle Gründe gehabt haben werde. Diese zu prüfen, sei nicht Sache des Gerichts, hier sei der Reichstag kompetent. Die Verordnung sei rechtmäßig publiziert worden und der Einwurf der Verteidigung, der § 120e der Reichs-Gewerbeordnung passe nicht auf die Bäckereien, weil diese nur Kleinbetriebe, keineswegs Fabrikbetriebe seien, müsse zurückgewiesen werden.

Brandenburg, 3. November. Reichstagswahl. Nicht auf Sonnabend, sondern schon auf Freitag, den 6. November, ist die Stichwahl angesetzt. So etwa eine Ueberrumpelung unserer Genossen beabsichtigt sein? Die Rechnung dürfte nicht stimmen.

Gotha, 2. Nov. Im neuen Koburg-Gothaischen Landtage werden nach den nunmehr bekannten Wahlergebnissen 11 Freisinnige, 7 Sozialdemokraten und 12 regierungsfreundliche Abgeordnete sitzen.

Hannover, 2. Nov. Das erste deutsche Zuckerkartell hat sich hier unter der Firma „Vereinigte Zuckerfabriken Hannover-Braunschweig, Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht", gebildet.

Posen, 2. Nov. Gegen Herrn v. Carnap, den Helden von Opalenitza, ist wegen der noch nicht verjährten Strafthaten laut „Posener Ztg." das Strafverfahren eingeleitet worden.

Rudolstadt, 2. November. Bei den Landtagswahlen im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt haben die Sozialdemokraten die Stadt Frankenhausen behauptet und den Wahlkreis Königsee I erobert. In Frankenhausen haben von 1025 Wahlberechtigten 754 gewählt. Der Sozialdemokrat erhielt 445, Rittmeister c. D. Ferschke 302 Stimmen. Im Wahlkreis Königssee I wurde der Sozialdemokrat mit 396 Stimmen gewählt; Stadtkämmerer Kühn erhielt 372 Stimmen. Seither war Apel (Frankenhausen) jahrelang der einzige sozialdemokratische Abgeordnete im Landtage.

Saarbrücken, 2. Nov. Stöckerprozeß. Der Prozeß gegen den Chefredakteur der „Neuen Saarbrücker Zeitung", Peter Schwuchow, wegen Beleidigung des Hofpredigers Stöcker wird am Mittwoch, den 4. November, unter vorläufiger Ausscheidung der dritten Anklage, vor dem Schöffengericht des hiesigen königlichen Amtsgerichts stattfinden. Die Verhandlung war bekanntlich bereits auf den 4. September anberaumt, mußte aber vertagt werden, da Hofprediger Stöcker eine zweite Anklage wegen der Behauptung des Schwuchow eingereicht hatte, daß Stöcker bei seinen Beleidigungsprozessen stets im letzten Moment „kneife". Vor etwa 12 Tagen hat, wie bereits mitgeteilt, Hofprediger Stöcker eine dritte Anklage angestrengt. Das Gericht hat beschlossen: diese Anklage vorläufig auszuscheiden und am Mittwoch zu verhandeln. Wie jedoch von beteiligter Seite mitgeteilt wird, dürfte diese Verhandlung ebenfalls vertagt werden. Es sind bisher keine Zeugen geladen, da die Ladung der sämtlichen bereits genannten Zeugen dem Angeklagten, Redakteur Schwuchow, einen Kostenvorschuß von mehreren tausend Mark kosten würden. Der Rechtsbeistand des Angeklagten, Reichstagsabgeordneter Justizrat Boltz, wird deshalb am Mittwoch die kommissarische Vernehmung der Zeugen beantragen.

Aus dem Auslande.

Italien. Die italienisch-abessinischen Feindseligkeiten haben wieder begonnen. Die „Tribuna" veröffentlicht einen am 18. Oktober aus dem ethiopischen Hochplateau abgegangenen Brief, in dem es heißt: „Gestern hatten wir einen kleinen Sieg bei Adi Caja. Ras Mangascha, der fast unter der Festung vorrücken wollte, ist geschlagen worden, doch haben wir einige Verwundete. Die Situation ist nicht gut, da der Vortrab des schoanischen Heeres mit dreißigtausend Mann am See Aschanai steht. Habt aber keine Furcht, wir sind stark und hoffen auf den Sieg." Die „Tribuna" verbürgt sich für die Echtheit des Schreibens, hält aber die Nachricht vom Vorrücken des schoanischen Heeres bis zum Aschangisee für übertrieben. Zweifellos erscheint ihr dagegen, daß die Feindseligkeiten wieder begonnen haben, und sie mahnt deshalb die Regierung, sich auf ihre Zurückweisung vorzubereiten und nicht länger auf die Ergebnisse der Mission Nerazzinis zu warten. Gleichzeitig mit dieser Nachricht werden von Neapel aus Gerüchte verbreitet, wonach gegen italienische Gefangene unerhörte Grausamkeiten verübt worden sein sollen.

Dagegen bemüht sich die offiziöse „Agenzia Stefani", die Meldungen der „Tribuna" zu dementieren. Im ganzen Oktober soll danach kein Zusammenstoß stattgefunden haben und an ein Vorrücken der Abessinier sei nicht zu denken.

Anders stellt der gleichfalls offiziöse „Don Chisciotte" die Sache dar, der erklärt, bei dem Zusammenstoß bei Adicaja habe es sich weniger um abessinische Truppen als um Räuberbanden gehandelt, welche beständig die Grenze beheiligen. Das Vorrücken der abessinischen Avantgarde nach dem Aschangisee sei unbegründet, ja durch die Jahreszeit überhaupt ausgeschlossen.

Dänemark und der Zweibund. Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die Londoner „Pall Mall Gazette" einen Kopenhagener Brief, worin behauptet wird, zwischen Dänemark und Rußland bestehe ein geheimes, nicht schriftliches Abkommen, demzufolge Rußland es übernommen habe, die Integrität der Besitzungen des Königs von Dänemark zu verbürgen, und versprochen, es werde, falls eine günstige Gelegenheit entstehe, sei es durch Gebietsregulierung oder in anderer Weise, darauf bestehen, daß Nordschleswig Dänemark zurückgegeben werde, falls die Einwohnerschaft mittelst Volksabstimmung einen derartigen Wunsch ausdrücke. Dänemark verpflichte sich, falls Rußland in einen Krieg verwickelt werden sollte, ihm Kopenhagen und dessen Material, wie Häfen, Befestigungen, Schiffsbauhöfe usw., für eine zeitweilige Besetzung zur Verfügung zu stellen. Alexander III. habe dieses Abkommen mit dem Dänenkönig getroffen. Aus diesem Grunde seien die kostspieligen Befestigungen Kopenhagens trotz des Protestes des dänischen Unterhauses fertiggestellt worden. „Pall Mall Gazette" fügt hinzu, ihr Gewährsmann habe Zugang zu den besten Quellen diplomatischer Kenntnis, sie setze das höchste Vertrauen in seine bona fides.

Rußland. Allgemeine Entrüstung haben nach einer Petersburger Zuschrift der Wiener „Polit. Korresp." in Rußland die Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten" hervorgerufen.

„Gerade Fürst Bismarck brachte Deutschland in Antagonismus zu Rußland, insbesondere durch die Verfolgungen russischer Unterthanen, die Kampagne gegen die russischen Werte und den Zollkrieg gegen Rußland. Eine ernste Annäherung an Frankreich war die Folge dieser Maßnahmen. Graf Caprivi hat die Beziehungen zu Rußland gebessert, insbesondere durch den Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages, und hat es ermöglicht, daß beide Reiche, ungeachtet ihres Anschlusses an verschiedene Staatengruppen, schließlich dazu gelangten, in vollständigem Einvernehmen zu bleiben."

Das allgemeine Wahlrecht und die akademische Bildung.

Wenn in Deutschland über Klassenwahlrecht und allgemeines Wahlrecht gestritten wird, so pflegen die Verteidiger der Klasseneinteilung sich zuerst darauf zu berufen, daß, wer mehr leiste für den Staat, nämlich mehr Steuern zahle, auch mehr Rechte haben müsse. Dieser Grund ist abzuweisen mit der doppelten Erwägung, daß erstens die Leistung der allgemeinen Wehrpflicht, die im Kriege auch das äußerste an Einsetzung des Lebens und der schwersten körperlichen Leiden verlangt, unendlich viel mehr wert ist als der bloße Geldbeitrag; zweitens, daß, wenn eine Abstufung zu machen ist, sie nach der Bildung und nicht nach dem Reichtum zu erfolgen hätte. Hierauf pflegt erwidert zu werden, daß im ganzen und großen doch die Bildung auch mit einem gewissen Einkommen verbunden zu sein pflege und daß man nichts dagegen hätte, wenn neben der Steuerstufe auch die Bildung bei der Klasseneinteilung für die Wahlen berücksichtigt werde. In verschiedenen Staaten, wie Belgien und Italien, ist es ja auch thatsächlich geschehen. In Deutschland freilich kommt die Bildung ganz besonders schlecht weg, da ihr keinerlei besondere Rechte eingeräumt sind und der bei weitem größte Teil der Höchstgebildeten ein so kleines Einkommen hat, daß er meistens in der letzten Klasse wählt. Gerade in Deutschland, wo die akademisch Gebildeten nur selten Vermögen besitzen, drängt also das Klassenwahlrecht die Bildung geradezu zurück.

Soll nun die Bildung und im besonderen die akademische Bildung deshalb verlangen, in das Klassenwahlrecht mit einem besonderen Privilegium einrangiert zu werden? Etwas Verkehrteres könnte nicht gedacht werden. Zunächst würde die Bildung mit einer solchen Forderung sich selbst erniedrigen, indem sie sich mit dem Gelde, das oft genug durch Zufall oder unmoralische Mittel erworben wird, klassifizieren läßt. Was für eine Plattheit der Gesinnung gehört dazu, einen gebildeten Geist einer viertel, halben oder ganzen Million Mark gleichzusetzen? Vor allem aber erschwert jede Klassenwahl der Bildung die Erfüllung einer ihrer schönsten und fruchtbarsten Aufgaben, nämlich die Durchdringung des Volksgeistes mit ihrem eigenen Geiste. Es ist unmöglich, daß ein ganzes Volk sich die höchste, was wir heute so nennen, die akademische Bildung aneigne. Aber es ist wohl möglich, daß ein ganzes Volk mittelbar an dieser höchsten Bildung teilnimmt, indem es unter ihrer Führung steht, ihren Ideen vertraut, sie auf sich wirken läßt und in sich aufnimmt. Das kann nur geschehen bei einer lebendigen Wechselwirkung zwischen dem Volksgeist und demjenigen Kreise des Volkes, der die höchste Bildung repräsentiert. Nicht blos die akademische Bildung muß auf das Volk, sondern auch das Volk muß auf die akademische Bildung wirken, indem die Volksempfindungen bis in die höchsten Gelehrtenkreise hinauf nachempfunden und mitgefühlt werden. Ein Volk ist verloren, das sich von seiner Bildungsschicht trennt und von ihr nicht führen lassen will. Aber auch die Bildung muß auf die Dauer verdorren, die sich in ihre Studierstuben, Archive und Laboratorien einkapselt und nichts hört und ahnt von den Bedürfnissen und Instinkten, die auf- und abwogend die Volksseele bewegen.

Nichts in der Welt ist geeigneter, die gesunde, natürliche Wechselwirkung zwischen Volk und Bildung herzustellen, als das allgemeine gleiche Wahlrecht. Ein solches Wahlrecht zwingt die Gebildeten, wenn sie etwa faul und hochmütig werden und sich auf sich selbst zurückziehen wollen, immer von neuem, Fühlung mit dem Volk zu suchen und Einwirkung auf das Volk zu üben — denn wenn sie es nicht thun, würde das Volk rohen Demagogen verfallen, die endlich auch die Bildung in ihren Stammsitzen nicht unangetastet lassen würden. Das Klassenwahlrecht aber ist sozusagen eine gesetzliche Verführung zur Vernachlässigung des Volkes. Wozu soll man sich um die Menge kümmern, wozu soll man den widerwärtigen Kampf mit der gemeinen und rohen Demagogie aufnehmen? Das Klassenwahlrecht sorgt ja dafür, daß die rohe Menge doch nicht die Majorität in der Volksvertretung erlangen kann; man braucht sich also nicht darum zu kümmern. Das geht so lange wie es geht. Die unteren Klassen entfernen sich immer weiter von den oberen, sie erfüllen sich mit ganz anderen Ideen und Vorstellungen, sie denken nicht mehr national, sondern international; die Freude am Vaterlande ist hin und mit ihr Treue und Anhänglichkeit; nur widerwillig wird die allgemeine Wehrpflicht erfüllt. Nach außen ist das alles kaum bemerkbar, wenn ein Klassenwahlrecht diese Gesinnungen in der Volksvertretung nicht zum Ausdruck kommen läßt. Was aber, wenn einmal wieder eine große Gefahr über Deutschland heraufzieht, wenn die letzten Kräfte der Nation angespannt werden müssen und nur, wie 1813, die sittliche Riesenkraft einer Volkserhebung retten kann? Wehe dem Reiche, das in einem solchen Augenblick nur einen Klassengeist, keinen Volksgeist anrufen kann!

Man wirft dem allgemeinen Stimmrecht vor, daß es den Massen die Herrschaft über Bildung und Besitz verleihe. Gewiß ist das möglicherweise der Erfolg. Aber wenn das der Erfolg ist, so ist es nicht die Schuld des allgemeinen Stimmrechts, sondern die Schuld der Klassen des Besitzes und der Bildung, die sich vom Volke getrennt haben. Besitz und Bildung haben einen natürlichen Einfluß auch auf die Volksmenge, der nur in Anwendung gebracht zu werden braucht, um sich geltend zu machen. Es ist durchaus nicht wahr, daß ein ganz roher Ackerknecht und ein großer Gelehrter oder Staatsmann beim allgemeinen gleichen Stimmrecht das gleiche Gewicht in die Wagschale werfen. Der Staatsmann und der Gelehrte stimmen thatsächlich nicht blos mit ihrer eigenen einen Stimme, sondern mit den Stimmen aller derer, die ihre Ideen in sich aufgenommen haben, und nur das Volk wird sich dauernder Gesundheit erfreuen, dessen beste und gebildetste Männer nicht nur für sich selbst gebildet sind, sondern auch dafür sorgen, daß von ihrer geistigen Kraft ein starker Teil auf das Volksganze ausstrahlt. Jede Klassenwahl hemmt diesen Prozeß, das allgemeine gleiche Wahlrecht ruft ihn hervor und befördert ihn. Das Klassenwahlrecht entwürdigt die akademische Bildung, indem es sie entweder von der privilegierten Klasse ausschließt oder mit dem bloßen materiellen Besitz gleicht. Das allgemeine gleiche Wahlrecht hebt und stärkt die akademische Bildung, indem es sie auf die große Aufgabe, Führerin des gesamten Volkes zu sein, hinweist.

Hans Delbrück in der „Zeit".

Man vergleiche mit dieser zwar nicht sozialdemokratischen, doch aber wirklich liberalen Anschauungsweise des Professor Delbrück die Auslassungen des Stöckerschen „Volk" über den Fall Brüsewitz und des Stöckerschen „Reichsboten" über die Zuchtlosigkeit der Jugend, und man wird keinen Augenblick zweifelhaft sein können, wo der anständige, ehrliche Gegner zu finden ist.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 4. November.

— **An den Schandpfahl mit ihnen.** Die „christliche" „Neue Westfälische Volks-Zeitung" druckt es ab, was der christliche „Reichsbote" die Stirn hatte, zu veröffentlichen, nämlich folgendes Machwerk:

„Zucht für die Jugend! Der „Reichsbote" bespricht im Hinblick auf die Mörder Werner und Grosse die Zuchtlosigkeit und veröffentlicht darauf die nachstehenden Vorschläge, die schon seit Jahren in kleineren Kreisen bekannt sind:

Zum Kampf gegen den Umsturz. In der Zuchtlosigkeit der jugendlichen Arbeiter beruht ein großer Teil der sozialen Gefahr. Ihr auf dem Wege der Gesetzgebung zu begegnen, dürfte in dreifacher Richtung zu versuchen sein: 1. durch Wiederbelebung der elterlichen Gewalt, resp. volle Ausübung derselben durch Vormund, Arbeitsherrn und Obrigkeit; 2. durch Beschränkung der verfassungsmäßigen Freiheiten bis zur Großjährigkeit; 3. durch Wiedereinführung von Einzugsgeld für alle, die in einer Gemeinde Wohnung nehmen wollen.

Zu 1. Der jugendliche Arbeiter muß durch Eltern, Vormund und Arbeitsherrn, unter strenger Kontrolle der Polizei, zum ordentlichen Lebenswandel und zum Sparen angehalten werden. Jeder muß ein Sparkassenbuch haben, in welches der Arbeitsherr monatlich denjenigen Teil des Arbeitslohnes für ihn einlegen läßt, den er nicht zum notdürftigen Unterhalte gebraucht. Er muß nötigenfalls, selbst durch die aus der elterlichen Gewalt fließenden Zuchtmittel, wozu auch körperliche Züchtigung gehört, zum Wohlverhalten genötigt werden. Hierher würde auch zu rechnen sein, daß ein junger Lümmel, der auf der Straße Unfug übt, vom Polizeidiener auch mal einen gesunden Puff annehmen muß. Das ist ihm besser, als einsperren.

Zu 2. Hier käme namentlich der Ausschluß der noch nicht Großjährigen aus allen öffentlichen politischen Versammlungen und solchen Vereinen in Betracht, die nicht zu harmlosen oder ethischen Zwecken bestimmt sind, desgleichen ihre Beschränkung im Besuche von Kneipen und zweifelhaften Vergnügungslokalen auf bestimmte Tageszeiten und Lokale, was von der Polizei-Behörde, den Ortsverhältnissen entsprechend, zu ordnen sein würde. Es müßte dafür gesorgt werden, daß in Ortschaften mit zahlreicher Arbeiterjugend Lokale vorhanden wären, wo sie

ohne sittliche Gefahr ihre Mußestunden zubringen können, wogegen ihnen dann der Besuch gefährlicher Schnaps- und Bierkneipen, Tingeltangel namentlich des Nachts zu verbieten wäre. In jenen erlaubten Lokalen könnten sie dann zu verständigen Beschäftigungen und Unterhaltungen angeleitet werden, ähnlich wie es in dem so segensreich wirkenden Verein junger Männer in Berlin geschieht.

Das Einzugsgeld — etwa 2—300 Mk. — würde für alle Gemeinden gleich hoch zu fixieren und unter gleichzeitiger Nachweisung der Wohnung und des Broterwerbes bei der Gemeindebehörde als Kaution zu hinterlegen sein, aus welcher diese die für den Zuzügler etwa zu leistenden Zahlungen öffentlicher Kranken- oder Armenpflege, sowie Polizeistrafen und Ersatz für verübte Beschädigungen 2c. zu entnehmen hätte. Bei dem Weiterziehen wäre diese Kaution dem Abziehenden nebst landesüblichen Zinsen zurück zu erstatten, soweit sie nicht in vorstehender Weise verbraucht ist. Die Gemeinde hätte für die Verwaltung dieser Gelder die Zinseszinsen. Wenn sie von dem Rechte der Erhebung dieses Einzugsgeldes keinen Gebrauch machte, so müßte sie jeden Regreßanspruch an die Heimatsgemeinde des Zuzüglers verlieren. Für den Arbeiter aber läge in dieser Einrichtung ein sehr kräftiger Antrieb zum Wohlverhalten, um nicht sein Einzugsgeld und damit, wenn er weiter nichts hat, auch die Freizügigkeit wieder einzubüßen. Er kann sich bei den jetzigen Lohnverhältnissen das Einzugsgeld bis zum Eintritt in die Großjährigkeit ganz bequem erspart haben, und es wäre damit dem unleidlichen Zustande ein Ende gemacht, daß die absolute Freizügigkeit es der Willkür des Zuzüglers überläßt, sowohl derjenigen Gemeinde, in welche er einzieht, als derjenigen, welche er verläßt, eine Menge Scherereien und Unkosten ohne Gegenleistung zu verursachen."

Grimmiger sind wohl die Lehren des Christentums nie verhöhnt worden, als hier von den beiden „christlichen" Blättern geschieht. „Zucht für die Jugend", natürlich für die arme Jugend, beileibe nicht für die reiche. Pfui, es ekelt einen an, zu sehen, wie diese satten Leute das Proletarierelend behandelt wissen wollen. Weil aus der Verwahrlosung jugendlicher Proletarier jüngst zwei Verbrecher herausgewachsen sind, wird anstatt Heilung dieser Verwahrlosung Knechtung der sonst schon unglücklichen freudlosen Kinder verlangt. Und dabei liefert diese proletarische Verwahrlosung, an welcher doch nur unsere gesellschaftlichen, Zustände die Schuld tragen, lange nicht in dem Verhältnis Verbrecher, wie die junkerliche Verwahrlosung. Da fällt uns der satte, weinselige und keusche Herr v. Hammerstein ein. Wie wär's, wenn aus Anlaß der Verbrechen dieses konservativen Redakteurs eine strenge Zucht gegen konservative Redakteure oder Schriftleiter eingeführt worden wäre?

Aber das ist richtig, für ihr Ideal, die Wiedereinführung der Prügelstrafe, verstehen diese Herren eine höchst erfolgreiche Propaganda zu betreiben. Sogar wir, die wir sonst radikale Gegner dieser Strafe sind, hatten, als wir den Artikel lasen, das Gefühl, daß die Prügelstrafe doch vielleicht zu vorzeitig abgeschafft worden wäre.

— **Krankenstatistik.** In der Woche vom 18.—24. Okt. sind im Reg.-Bezirk Minden an ansteckenden Krankheiten gemeldet: Unterleibstyphus im Kreise Bielefeld (Stadt) 2, Herford 1, Lübbecke 2, Stadt Minden 2, Wiedenbrück 5 Fälle; Scharlach im Kreise Bielefeld (Stadt) 2, Bielefeld (Land) 1, Lübbecke 3, Minden 1 Fall (in Stadt Minden), Paderborn 2 Fälle (1 in Stadt Paderborn); Diphtherie und Krupp in den Kreisen Bielefeld (Stadt) 2, Bielefeld (Land) 5, Halle 4, Herford 1, Höxter 2, Lübbecke 3, Minden 7 (3 in Stadt Minden), Paderborn 3 (1 in Stadt Paderborn), Wiedenbrück 2 Fälle; Kindbettfieber im Kreise Bielefeld (Land) 2 Fälle, Höxter 1 Fall.

Hk. — **Von autenthischer Seite** werden wir dringend ersucht, vor Anknüpfung von Geschäftsverbindungen mit der Firma Wilh. Siehl in Rotterdam zu warnen, da dieselbe als eine Schwindelfirma bekannt ist.

— **Geschworenenliste.** Für die bekanntlich am 23. November cr. hier beginnende Schwurgerichtsperiode sind laut „Wächter" folgende Personen als Geschworene ausgelost: Kaufmann Wilhelm Osterwald-Enger, Gastwirt Anton Wiemers-Minden, Kaufmann Joh. Buddeberg hier, Kaufmann Ad. Stern hier, Kaufmann Feodor Backhaus-Werther, Kaufmann Rudolf Schlichte-Steinhagen, Müller Hermann Schürmann-Nienburg, Kolon August Döhr-Valdorf, Fabrikbesitzer Eduard Gößling-Brackwede, Kolon August Wanfahrt-Bockhorst, Kolon Alois Westerebbinghaus-Verl, Kolon August Wilmsmeyer-Dünne, Bankier Wilh. Wegener-Minden, Gutspächter Max Georg zu Neuhoff, Kaufmann Franz Tecklenborg-Wiedenbrück, Oberlehrer Dietrich Murken-Herford, Kaufmann Arnold Crüwell hier, Kaufmann Julius Koch-Großendorf, Posthalter Friedrich Richter-Versmold, Zigarrenfabrikant Julius Arnolds-Hausberge, Vorsteher Heinrich Grummert-Heddinghausen, Kolon Friedrich Huck-Dützen, Kaufmann August Reichauer-Herford, Photograph Christian Colberg-Oeynhausen, Kaufmann Gustav Barmeyer-Enger, Vorsteher Friedrich Wilmsmeyer Mennighüffen, Fabrikant Wilhelm Ernstmeyer-Herford, Kaufmann Emil Freese-Lübbecke, Fabrikant Heinrich Winkelmann-Bischofshagen, Vorsteher Ernst Röhmeier-Dehme.

Herford, 3. Nov. Der seit Jahr und Tag steckbrieflich verfolgte Ackerer Hermann Walkenhorst, gebürtig zu Dreyen, wurde gestern vom Gensdarm Schulz in Schwarzenmoor ermittelt und in das hiesige Gerichtsgefängnis abgeliefert. H. Walkenhorst hatte s. Z. einem Schäfer in Schweicheln einen gefährlichen Messerstich versetzt. (H. K.)

Oerlinghausen, 1. November. Heute früh um 5 Uhr wurden wir schon wieder einmal durch Feuerlärm erschreckt, es brannte das Wohnhaus des Kolon Topfiek zu Lippische Reihe in der Senne, welches bis auf den Grund niedergebrannt ist. Das Feuer ist erst spät in der Nacht, als die Bewohner des Hauses schon lange zu Bett lagen, entstanden. Als gegen 3 Uhr morgens die Frau Topfiek, welche krank zu Bett lag, das Feuer bemerkte, stand der ganze Bodenraum in hellen Flammen und brennende Gegenstände waren vom Boden durch die Luke auf die Diele gestürzt, wodurch das Feuer auch nun unten im Hause sehr schnell weitergriff. Die Insassen, Kolon Topfiek und Frau, sowie deren Tochter haben nur das nackte Leben retten können, den beiden letzteren blieb nicht mal mehr Zeit, daß sie sich ordentlich ankleiden konnten, Frau Topfiek konnte sich nur durch einen Sprung aus dem Fenster retten. Sämtliches Mobiliar, auch die Kleidungsstücke, Betten usw., fast das ganze Hab und Gut, sind ein Raub der Flammen geworden. Vom Vieh ist nur das Rindvieh sowie ein Schwein gerettet, während 5 Schweine in dem einstürzenden brennenden Stalle umgekommen sind. Als die gegen 5 Uhr alarmierte Oerlinghauser freiwillige Feuerwehr auf der Brandstelle ankam, war nichts mehr zu retten, dieselbe mußte sich daher auf das Ablöschen der brennenden Trümmer beschränken. Auf welche Weise das Feuer entstanden sein mag, ist noch unbekannt. Wie wir hören, waren die Möbel und Hausgeräte, Vieh usw. zum großen Teil versichert, es sollen aber noch eine Menge nach und nach angeschaffter, noch nicht versicherter Gegenstände abgebrannt sein. (L. L.)

Bünde i. W., 1. November. Gestern fand hierselbst im Lokal von Nübel Nachfolger eine öffentliche Versammlung statt, in welcher das Thema: „Die Lokalfrage" behandelt wurde. Genosse Harders wies in seinem Referate die Notwendigkeit, den Zweck und den Nutzen für die hiesige Arbeiterbewegung des Besitzes eines eigenen, dem zu gründenden Arbeiter-Kasino gehörenden Lokals nach. Von dem Rechte der Diskussion wurde kein Gebrauch gemacht. Es wurde eine Kommission von sieben Personen gewählt, welche diese Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung in die Hand nehmen soll. Ferner wurde beschlossen, am Sonntage, den 8. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Lokale von Nübel Nachfolger zu obigem Zwecke wieder eine Versammlung abzuhalten, wobei es den Anwesenden anheimgestellt wurde, während dieser Woche für einen zahlreichen Besuch derselben zu agitieren. Die Aussichten für die Verwirklichung dieses Planes sind sehr günstige, so daß man mit Bestimmtheit darauf rechnen kann, daß die Arbeiter von Bünde und Umgegend im nächsten Frühjahr im Besitze eines Saales sein werden, welcher die übrigen Säle in Bünde, mit Ausnahme des Stadtgartens, an Größe weit übertrifft. Die einzige Meinungsverschiedenheit, die noch vorhanden blieb, ist die über die Platzfrage. Aber auch in diesem Punkte wird sehr schnell eine Einigung erzielt werden. Da dies ein Lokal wird, in welchem sich die Arbeiter frei und unter sich fühlen werden, wo sie nicht zu befürchten haben, daß unberufene Gäste anwesend sind, die nichts eiligeres zu thun haben, als jedes freie Wort, welches ein Arbeiter spricht, wieder an dessen Arbeitgeber mitzuteilen, weil dies Kasino in der Lage ist derartige Persönlichkeiten fernzuhalten, was bei öffentlichen Wirtschaften, welche jedem zugänglich sind, nicht der Fall ist, so wird der Arbeiter ein solches Kasino gegenüber einer öffentlichen Wirtschaft bei weitem vorziehen, und deshalb wird dies Kasino sehr viel besucht werden, wodurch die Rentabilität dieses Unternehmens im Voraus gesichert ist, und darauf gerechnet werden kann, daß die Anleihen, die notwendigerweise bei den hiesigen Genossen gemacht werden müssen, wieder in sehr kurzer Zeit zurückgezahlt werden können. Der Verkehr bei den hiesigen Wirten wird durch dieses Unternehmen bedeutend vermindert werden, aber die Notwendigkeit gebietet uns, so zu handeln, denn wir können uns, als die zweitstärkste Partei in diesem Amte, wobei unsere Partei in stetem Wachsen sich befindet, doch nicht gefallen lassen, daß man uns noch länger wie Kinder behandelt und uns die vorhandenen Lokalitäten zu Versammlungen verweigert. Jetzt ist es unsere Pflicht, uns selbst zu helfen und unsern Gegnern zu zeigen, daß man nicht mehr nach Belieben mit uns spielen kann. Weiter wird dies Vorgehen auf die Wirte an andern Orten soviel Einfluß ausüben, daß sie uns ihre Lokalitäten zu Versammlungen nicht mehr verweigern werden, weil sie alsdann zu befürchten haben, daß in solchen Fällen es dort ebenso gemacht wird.

Löhne, 3. Nov. Letzte Nacht hat sich während der Fahrt in der Richtung Hannover-Löhne ein fremder Herr im Eisenbahnabteil 2. Klasse erschossen. Auf der Station Oeynhausen fanden Beamte die Leiche vor. Ein Revolver lag neben derselben. Wie verlautet, hatte der Fremde Geld nicht bei sich. Goldene Uhr und Ringe waren vorhanden. Die Leiche wurde nach Löhne befördert. (W. Ztg.)

Minden, 3. Nov. Die Parteigenossen werden hierdurch noch besonders auf die am Sonntag, den 8. November, vormittags 10 Uhr bei Thiele stattfindende öffentliche Partei-Versammlung für Minden und Umgegend mit dem Ersuchen aufmerksam gemacht, recht zahlreich zu erscheinen. Die Versammlung hat sich mit der Wahl der Delegierten zum Provinzial-Parteitag und sonstige Stellungnahme zu demselben zu befassen, sowie den Vertrauensmann neu zu wählen. Erfülle also ein jeder seine Pflicht, indem er in der Versammlung erscheint.

Münster, 2. Nov. Heute Vormittag gegen 11 Uhr stürzte ein Maurer von dem Neubau der städtischen Gasanstalt (am Albersloher Wege) und erlitt Verletzungen an Kopf und Rücken. Dieselben machten die Aufnahme des Verunglückten in das Clemenshospital notwendig. (M. A.)

Bochum, 2. Nov. Der christliche Bergarbeiter-Kongreß, der im nächsten Jahre von dem sogen. Brustschen Verbande hier in Bochum unter Beteiligung von Bergleuten aus ganz Deutschland abgehalten werden soll, wird laut „Rheinisch Westf. Ztg." in der Zeit vom 31. Januar bis zum 2. Februar stattfinden. Am 31. Januar wird die Versammlung im großen Saale des Schützenhofes tagen, während für die beiden anderen Tage die Tonhalle gewählt ist. Als Redner haben Prof. Dr. Wagner aus Berlin und Reichstagsabgeordneter Professor Hitze zugesagt.

Da kann ja dann glücklich die Sozialdemokratie wieder einmal tot ge—redet werden.

Militärisches.

Zum Fall Brüsewitz hat sich unlängst das Stöckersche „Volk" geäußert und zwar folgendermaßen:

„Was die Richter als Kollegium und im geordneten Wege Rechtens zu thun haben, das liegt dem Offizier als Schwertträger des Königs persönlich ob und in der Weise des Kampfes, zu welchen er und sein Schwert berufen sind. Jeder Angriff auf die repräsentative Persönlichkeit des Offiziers ist ein Angriff auf des Königs Majestät selbst, und wie das Gericht ist der Offizier berufen, diesen Angriff sofort zurückzuweisen, aber natürlich in der Weise und mit den Waffen eines Kriegers.

Ein solcher Angriff kann thatsächlich, aber nicht absichtlich oder doch nicht mit Bedacht geschehen sein. Dann bedeutet eine Entschuldigung, wie sie Herr v. B. forderte, die Lösung des Konflikts. Er kann aber absichtlich und mit Vorbedacht geschehen sein, oder durch Verweigerung der Entschuldigung die Qualität eines absichtlichen Angriffs erhalten, obwohl er ursprünglich nicht so gemeint war, — dann kann er nach der Logik der Thatsachen nicht anders als mit den dem Offizier zur Verfügung stehenden Kampfmitteln zurückgewiesen werden. Der Offizier übt Ehrennotwehr des Königs.

Was als Angriff dieser Art anzusehen ist, also wann von der Waffe Gebrauch gemacht werden soll, unterliegt der geschichtlichen Entwickelung, kann also nach Ort und Zeit verschieden sein. Zweierlei aber findet in jedem Falle und unter allen Umständen statt.

Das eine ist dies: wenn überhaupt von den Waffen Gebrauch gemacht wird, muß es nachdrücklich geschehen — der Gegner muß nicht blos verletzt, verwundet, mit einem heftigeren oder weniger heftigen Schmerz „bestraft" werden (nach der Schwere der Verschuldung etwa, denn es handelt sich nicht um Strafe, sondern um Kampf). Der Gegner muß kampfunfähig gemacht werden, das ist das Ziel jedes Kampfes mit blanker Waffe (sehr im Unterschiede vom Kampf im Recht oder vom wirtschaftlichen Kampf, die ihrer Natur nach andere Ziele verfolgen.) Wenn der Leutnant v. B. statt seinem Gegner mit der breiten Klinge um die Beine oder mit der stumpfen Scheide über den Kopf zu hauen, ihm einen Stich versetzte, so that er das einzige, was er nach der Beschaffenheit seiner Waffe, des Offizierdegens, thun konnte. Jeder Offizier würde seine Waffe in derselben Weise geführt haben und haben führen müssen, wenn einmal der Kampf unvermeidlich war.

Das andere ist dies: Der Gegner muß sofort nach dem Angriff oder nach der Weigerung, sich zu entschuldigen, niedergeschlagen werden. Wenn diese Notwendigkeit vorhanden ist, darf sich der Offizier von niemand und durch nichts am sofortigen Gegenschlage hindern lassen. Hier hat nach den bisher vorliegenden Berichten Herr v. B. gefehlt. Er hat den rechten Augenblick verpaßt. Als ihm dieser Fehler zum Bewußtsein kam, wollte er das Versäumte nachholen und beging eine That, die sich von der repräsentativen Ehrennotwehr aus nicht mehr rechtfertigen läßt."

Als wir diesen Schandartikel lasen, fiel uns unwillkürlich der Scheiterhaufenbrief Stöckers ein. Sollte der kluge Stöcker nicht vielleicht darauf spekulieren, daß er sich, indem er sich mit solcher christlichen Tapferkeit in einer so heiklen Angelegenheit für das Militär und besonders für den Offiziersstand ins Zeug legt, an gewisser Stelle wieder rehabilitieren könnte? Der teure Gottesmann hat ja stets nach dem Grundsatz gehandelt: Seid klug wie die Schlangen.

Vermischtes.

Ein schweres Eisenbahnunglück, bei welchem auch einige Menschenleben zu Grunde gegangen sind, hat sich am Sonnabend Abend zwischen Heilbronn und Ellhofen zugetragen. Die Hälfte eines Güterzuges kam bei dem starken Bahngefälle bei Aschenau ins Rollen. Der Train fuhr mit großer Geschwindigkeit durch die Station Willsbach und stieß dort auf den Personen-Nacht-Zug, welcher zur Abfahrt nach Oehringen bereit stand. Ein Glück bei allem Unglück war es noch, daß sich vor dem Personenzuge zwei Maschinen befanden. Dadurch wurde der Anprall einigermaßen abgelenkt. Im Augenblick des Zusammenstoßes erloschen sämtliche Lichter in den Wagenabteilungen des Personenzuges. Unter den Passagieren entstand eine Panik. Von den Bediensteten des Personenzuges wurden zwei Leute getötet und mehrere verwundet, deren Aufkommen bezweifelt wird. Der Heizer der einen Maschine, der getötet worden ist, hatte sich erst zwei Tage vorher verheiratet. Ueber die Ursache des Eisenbahnunglücks heißt es in Privatmeldungen: Auf der Station Eschenau wurden beim Rangieren 18 Wagen eines Güterzuges über die Horizontale hinausgestoßen und gerieten auf der abschüssigen Strecke in rasenden Lauf. Sie durchliefen die Station Willsbach und stießen zwischen Willsbach und Weinsberg mit dem um 7 Uhr 40 Minuten hier abgehenden Personenzug, der mit zwei Lokomotiven bespannt war, zusammen. Die erste Lokomotive wurde aus dem Geleise geworfen und total zertrümmert, die zweite Lokomotive wurde stark beschädigt, blieb aber mit dem ganzen Zug auf dem Geleise stehen. Von den Güterwagen wurden zehn zertrümmert, die anderen mehr oder weniger beschädigt.

Eine Millionen-Diebin. Bei der Wiener Polizeibehörde ist soeben ein Schreiben des Gerichts Hall in Tirol eingelaufen, wonach dort der Frau Therese Angerer, Eigentümerin des Gasthofes „zum Stern", außer verschiedenen Wertpapieren 2c. eine Anzahl von Sparkassenbüchern der Innsbrucker Sparkasse entwendet worden, die insgesamt auf Einlagen im Betrage von nahezu zwei Millionen Gulden lauten. Die Entwendung dieser Bücher ist der Sparkasse zu Innsbruck rechtzeitig angezeigt worden, so daß sie für den Dieb oder für Personen, die sie von ihm kaufen sollten, wertlos sind.

Ein Küfer und ein Kellermeister betraten am Sonnabend abends in Ober-Ingelheim einen Keller, in dem neuer Wein lagert. Durch die angesammelten Gase betäubt, suchten beide Männer sofort den Ausgang zu erreichen. Während dies dem einen gelang, stürzte der andere, der Küfer Philipp Menk in den im Keller befindlichen Brunnen und ertrank.

Von einem heftigen Sturm sind neun Fischerbarken bei Gesta überrascht worden. Eine Barke ist umgekippt, von den neun Insassen sind drei gerettet, die übrigen ertrunken. Das Schicksal der anderen Barken ist unbekannt.

Ein Cyclon hat, wie am Freitag erst in Madrid infolge der Störung aller telegraphischen Verbindungen bekannt wurde, am Mittwoch in Sevilla große Verheerungen angerichtet. Schornsteine und Bäume wurden umgestürzt, der Pferdebahnverkehr gefährdet, zahlreiche Häuser zerstört. Der Schaden ist beträchtlich. Einige Personen sind verwundet. Die Verwirrung und der Schrecken sind allgemein.

Quittung.

Für das Agitationskomitee des östlichen Westfalens wurden mir übergeben: Schirmauktion bei Israel 1,15 Mk.

C. Hoffmann, Kassierer, Schulstraße 20.

Regenmäntel, Jacketts, Capes und Kleiderstoffe
in großer Auswahl zu billigsten Preisen.
M. Mosberg,
Breitestr. 45.
284[illegible]

Herford.
Wähler-Versammlung
der 3. Abteilung
Donnerstag, den 5. November, abends 8 Uhr,
im Saale des Herrn **Feld,** am Bahnhofe. [2840
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Einberufer.

Feuerversicherungen
schließt für eine alte deutsche Feuerversicherung zu billigen Prämiensätzen ab [2850
Aug. Nürnberger,
Bürgerweg 44.

Geschäfts-Verlegung!



Meinen werten Kunden von Bielefeld und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mein
Uhren- u. Goldwaren-Geschäft
von Am Niederwall 30
nach Am Niederwall 14b
(erstes Haus hinter Herrn Maler Stecker, früher bewohnt von Herrn Dr. Jürgensmeyer) verlegt habe.

Indem ich **nur gute und reelle Ware** bei **billigster Preisberechnung** führe, halte ich mich bei Bedarf bestens empfohlen.

Hochachtungsvoll
Carl Wagner,
2339] **Uhrmacher u. Goldarbeiter.**

Filialen:
In Bielefeld: Bürgerweg 16, im Hause des Herrn Viertmann, gegenüber dem Klöstercben.
In Brackwede: bei Herrn W. Hellweg, gegenüber der Gastwirtschaft von Bitter.

50 Friedrichstrasse 50
Unterzeuge,
Hosen, Hautjacken, Normalhemden,
Herren- und Kinder-Strümpfe,
Arbeitsjacken, Hemden, Hosen, Kittel, Schürzen,
Korsetts,
Vorhemden, Kragen, Manschetten,
Hosenträger,
Wolle,
50, 60, 70, 80, 90 Pfg. p. 10 Lot,
empfiehlt [2528
P. Riffelmacher,
50 Friedrichstraße 50.

Hochzeits-Einladungen
liefert schnell, sauber und billig
Buchdruckerei der „Volkswacht".

Winter-Ueberzieher, Pelerinen-Mäntel
von 3,— Mk. an,
Fert. Anzüge, Arbeiter-Garderoben
empfiehlt zu den billigsten Preisen 2845
M. Mosberg,
Breitestr. 45.

Bringe mein großes Lager in fertigen
Herren-, Damen-, Kinder-
Filz- und Gummi-Schuhen
sowie mein **Maßgeschäft** in empfehlende Erinnerung. — **Billigste Preise.** [2828
Auch nicht bei mir gekaufte Waren werden gut und billig **repariert.**
Louis Höke,
Gr. Kurfürstenstraße 67.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Steuerveranlagung der Einkommensteuer und Ergänzungssteuer wird nachstehendes zur Kenntnis der Steuerpflichtigen gebracht. Von dem einkommensteuerpflichtigen **Einkommen** sind die nachweislich von den Steuerpflichtigen zu zahlenden Schuldenzinsen, Renten, dauernden Lasten, Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-, Begräbnis-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, sowie Lebensversicherungsprämien bis zum Höchstbetrage von 600 Mark, jedoch nur solche, welche für die eigene Person des Steuerpflichtigen zu zahlen sind, in Abzug zu bringen. Nicht abzugsfähig sind dagegen die zur Schuldentilgung gezahlten Beträge (Amortisation). Von den ergänzungssteuerpflichtigen **Vermögen** sind die Kapitalschulden mit Ausnahme der Haushaltungsschulden, ferner der Kapitalwert der vom Steuerpflichtigen zu entrichtenden Renten, Altenteile und sonstigen periodischen geldwerten Leistungen und Lasten in Abzug zu bringen. Der rechtzeitige Nachweis der Schulden und Lasten ist im Interesse der Steuerpflichtigen und zur Herbeiführung einer gerechten Veranlagung von größter Wichtigkeit.

Diejenigen Steuerpflichtigen, welche beanspruchen, daß bei der demnächstigen Veranlagung Abzüge der oben erwähnten Art von ihrem Einkommen bezw. Vermögen gemacht werden, haben den Nachweis über die Zahlungsverpflichtung bezw. Belastung durch Vorlage der Zinsquittungen, Schuldurkunden, Verträge oder sonstigen Rechtstitel, Prämienquittungen und Lebensversicherungspolicen zu erbringen.

Der Nachweis wird auf dem **Steuer- und Melde-Amt**, Detmolderstraße 1, Zimmer Nr. 4, **bis spätestens zum 15. November d. J.** während der Vormittagsstunden von 8½ bis 12½ Uhr entgegengenommen.

Bielefeld, den 22. Oktober 1896.

Der Magistrat.

Brackwede!
Zur **Herbst- und Winter-Saison** empfehle:
Elegant garnierte Damenhüte in großer Auswahl, sowie Neuheiten in Kinderhüten und Baretts,
Hauben in Wolle, Seide, Plüsch und Spitzenstoffen
zu sehr billigen Preisen.
Fantasie- und Lama-Tücher, Chenille-Echarpes und Chenille-Häubchen.
Reichhaltiges Lager in
Jagdwesten, Normalhemden, Unterziehzeuge, Schlafdecken.
Porzellan, Emaillesachen
und andere Haushaltungsgegenstände zu 50 Pfg. und höher stets vorrätig. [2799
Frau E. Löhnberg.
Kleidchen, Jäckchen Schürzen.
Barverkauf mit Rabattsparmarken.
Tücher, Hauben, Handschuhe, Muffen.

Soeben ist erschienen und vorrätig in der **Buchhandlung „Volkswacht"**, Schulstraße 20:
Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie.
Kritischer Bericht über die Lage und die nächsten Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung.
Von **Parvus.**
Preis 40 Pfennig.
Die kleine Broschüre ist eine ernste Mahnung an die Arbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Aus der Lage des Weltmarkts, hervorgerufen durch die russische Hungersnot, den chinesisch-japanischen Krieg, die amerikanische Krise und die enorme Steigerung der Goldproduktion, begründet der Verfasser eine aufsteigende Sturm- und Drangperiode des Kapitalismus, welche mit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Produktion in Europa enden wird. Dieser gewaltigen Entwickelung des Kapitals gegenüber müssen die Arbeiter sich vorsehen und vor allem bei Zeiten durch Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation sich auf den gewerkschaftlichen Kampf vorbereiten.
So viel wissenschaftliches Material das Buch enthält, so leicht verständlich ist es geschrieben.
Buchhandlung „Volkswacht".

Panorama Niederwallstraße 12a, 1 Treppe.
Diese Woche ausgestellt: [2829
II. Cyclus. Kaiser Wilhelms-Kanal mit Blumen-Corso und Flottenmanövern.

Cravatten, Handschuhe, Hosenträger
in größter Auswahl zu den denkbar billigsten Preisen.
Heinr. Aug. Drees,
Neumarkt 16. [2841

Korn-Cognac
Alter Korn
als Korn-Spezialitäten unübertroffen, auf allen Ausstellungen mit ersten Preisen ausgezeichnet
liefert einzig und allein [2667
F. Wulf, Werl,
Größte Brennerei in Westfalen und Rheinland.
Vertreter: **Chr. Friedr. Hermann, Bielefeld.**
Lager: Kaiserstraße 89.

Zur Massenverbreitung empfohlen!
Soeben ist erschienen:
Die Arbeiterschutzgesetz-Heuchelei
der bürgerlichen Parteien im Reichstage.
Nach dem stenographischen Bericht der Reichstags-Debatte über die Bundesrats-Verordnung zum Schutze der Bäckerei-Arbeiter am 22. und 23. April 1896.
Mit einem Nachwort von **August Bebel.**
Preis 15 Pfg. Porto 5 Pfg.
Seit Jahren tragen bei Wahlen ꝛc. alle bürgerlichen Parteien ihr arbeiterfreundliches Herz zur Schau, ohne bisher ihr Versprechen auf wirksame Arbeiterschutzgesetze erfüllt zu haben. Daß sie im Ernste daran gar nicht denken, das beweisen diese Reichstagsverhandlungen. Mit Ausnahme des Zentrumsredners haben alle Vertreter der bürgerlichen Parteien sich gegen diese Schutzvorschriften ausgesprochen, und wie bei der Zukunftsstaats-Debatte Eugen Richter Arm in Arm mit Stöcker gegen die Sozialdemokratie donnerte, so gingen hier Graf Bismarck und Richter einig im Kampfe gegen die Verkürzung der Arbeitszeit auf zwölf Stunden. Zur gewerkschaftlichen und politischen Agitation bestgeeignete Broschüre.
Wir empfehlen die Schrift zur weitesten Verbreitung.
Buchhandlung „Volkswacht".

Durch die **Buchhandlung „Volkswacht"** ist zu beziehen:
Das Arbeiterrecht.
Rechte und Pflichten des Arbeiters in Deutschland aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag, der Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung.
Mit Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge, Beschwerden, Berufungen u. s. w.
Erläutert von
Arthur Stadthagen
früherem Rechtsanwalt, Mitglied des deutschen Reichstags.
Preis pro Heft 20 Pfg. — Vollständig jetzt erschienen in 11 Heften.

Soeben ist erschienen und halten wir den Parteigenossen zur Anschaffung empfohlen:
Protokoll
über die
Verhandlungen des Parteitages
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
abgehalten zu Gotha
vom 11. bis 16. Oktober 1896.
192 Seiten. Preis **30** Pfg. (Porto 10 Pfg.), gebunden 50 Pfg. (Porto 20 Pfg.)
Das nach stenographischer Niederschrift hergestellte Protokoll ist durch Beifügung eines **ausführlichen Sachregisters** zu einem praktischen **Nachschlagebuch** gestaltet worden. Jedes in den Berichten der Parteileitung und der Fraktion erwähnte politische Ereignis, jeder in den Kongreßdebatten berührte Gegenstand kann sofort ohne jede Mühe festgestellt werden, ebenso jeder der nach der Materie alphabetisch geordneten **Anträge zum Parteitag,** die Verhandlungen über die **Frauenfrage,** die Diskussion über die **Arbeiterschutzfrage,** die lehrreiche Debatte über **Kunst und Sozialismus** ꝛc. reihen das diesjährige Protokoll inhaltlich zu den bedeutungsvollsten unserer Parteitagsprotokolle.

Protokolle
über die
Verhandlungen der Parteitage
zu
Halle (1890) Erfurt (1891) Berlin (1892)
(Preis à 50 Pfennig)
Köln (1893) Frankfurt a. M. (1894) Breslau (1895)
(40 Pfg.) (25 Pfg.) (30 Pfg.)
sind, soweit der Vorrat reicht, zu haben in der
Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld.

Kautschuk-Stempel
liefert in jeder Größe und feinste Ausführung billigst die
Buchhandlung der „Volkswacht".

Mehrere Schuhmacher
auf gleich gesucht. [2847*
Louis Höke,
Große Kurfürstenstraße 67.

Dr. Hagemeier,
homöopathischer Arzt,
Spezialarzt für Magenkrankheiten. 2839
Sprechstunden
jeden Freitag von 4 bis 6 Uhr nachmittags in Bielefeld im Hotel Kaiserhof, Bahnhofstraße.

Ein kräftiger [2851*
Laufbursche
für halbe Tage sofort gesucht. Lohn 7 Mk. 50 Pfg. monatlich.
Obernstraße Nr. 41.

Wir bringen unserm Mitarbeiter
August Eickhof nebst Gemahlin
zu der morgen, 5. November, stattfindenden [2849*
Silbernen Hochzeit
die
herzlichsten Glückwünsche!
Die Dreher der Firma Baer & Rempel.

Unterzeuge, Flanelle, Schlafdecken, Bettücher
in besten Qualitäten, äußerst billig. 2844
M. Mosberg,
Breitestr. 45.

Häkelgarne, Häkelvorlagen, Häkelseide, Waschechte Seide, Waschgold, Drahtformen
zum Umhäkeln für Zwiebelnetze, Markttaschen, Eierbehälter, Schwammbeutel u. s. w. empfiehlt [2848
Herm. Sauerland,
15 Gehrenberg 15.

Empfehle mich zum [2842*
Schlachten und Wursten
außer dem Hause.
Julius Kipp, Oststraße 12.

Tücher, Hauben, Unterröcke, Muffen
zu den 2846
billigsten Preisen.
M. Mosberg,
Breitestr. 45.